Günther Sandner

Der Gesellschaftstechniker und die Revolution

Otto Neurath in München[1]

I. Von der Kriegswirtschaftslehre zur Sozialisierung

Selbst in der schillernden Biographie Otto Neuraths sticht jenes knappe Jahr, das er nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in München verbrachte, noch heraus.[2] Denn in München verließ der habilitierte Ökonom und selbsternannte Gesellschaftstechniker das Feld der Wissenschaft und betrat die politische Arena – freilich ohne sich dies einzugestehen. Dass er nur an der sachlich dringend gebotenen Sozialisierung der Wirtschaft gearbeitet habe, als »unpolitischer Verwaltungsbeamter«,[3] ohne sich in parteipolitische Kontroversen einzumischen, sollte auch im Prozess nach der Niederschlagung der Revolution seine Verteidigungslinie sein. Vor allem seine vielen Gegner sahen das anders. Für sie verkörperte Neurath den politischen Agitator. »Was an Verwirrungskünsten den [sic!] Landauer, Mühsam usw. noch abging, das brachte dieser Mann in die Münchener Arbeiterschaft«, urteilte etwa der ehemalige Staatsminister Ernst Müller-Meiningen von der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Neurath sei »ein mit allen Künsten der Demagogie ausgestatteter Mann«, dem es gelang, »in großen Volksversammlungen die Massen für seine Vollsozialisierungspläne restlos zu gewinnen, ja zu fanatisieren«.[4] Der Sozialdemokrat Gustav Noske, eine Schlüsselfigur bei der gewaltsamen Niederschlagung der kommunistischen bayerischen Räterepublik, schlug Neurath jenen politisch zweifelhaften Gestalten zu, die in den Tagen eines »Karnevals des Wahnsinns« kurzfristig Oberwasser bekommen hätten.[5] Der spätere Hitler-Fotograf Heinrich Hoffmann wiederum charakterisierte in seinem durchwegs antisemitischen »Photobericht« über die bayerische Revolution einen »Herren Neurath […] aus Wien«, dessen

1 FWF (Der Wissenschaftsfonds): P 31500-G14.

2 Günther Sandner, *Otto Neurath. Eine politische Biographie*. Wien 2014, S. 122-143.

3 Otto Neurath, *Bayrische Sozialisierungserfahrungen*. Wien 1920, S. 11.

4 Ernst Müller (Meiningen), *Aus Bayerns schwersten Tagen. Erinnerungen und Betrachtungen aus der Revolutionszeit*. Berlin/Leipzig 1924, S. 161.

5 Gustav Noske, *Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution*. Berlin 1920, S. 135 f.



Abb. 1: Otto Neurath (1882-1945), Fotografie von Heinrich Hoffmann (1919). Das Foto ist in Hoffmanns Buch Ein Jahr bayrische Revolution im Bilde *(München 1919) zusammen mit zahlreichen anderen Porträts unter der Überschrift »Charakterköpfe aus der Räterepublik« abgedruckt. Der Text lautet: »Dr. Neurath, Sozialisierungskommissar, dessen Experimente den letzten Anstoß zur Ausrufung der Räterepublik bildeten.«*[6] *Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv.*

»Sozialisierungsgedanken« »wie ein Sturmwind über veraschte Gluten« gefahren seien.[6]

Diese »Sozialisierungsgedanken« waren nicht neu, sondern reichten in Neuraths Werk bereits mehrere Jahre zurück. Seit etwa 1910 hatte er damit begonnen, eine Kriegswirtschaftslehre zu entwickeln, die zu einer »Sonderdisziplin« der Politischen Ökonomie werden sollte.[7] Er untersuchte die spezifische Wirtschaftsorganisation in Kriegen, in historischen wie auch in kriegerischen Konflikten seiner Zeit, und kam dabei zu dem Schluss, dass viele der dort eingesetzten Instrumente auch und gerade in Friedenszeiten zu positiven wirtschaftlichen Effekten führen würden. Solche kriegswirtschaft-

6 Siehe auch den Beitrag von Liliane Weissberg in diesem Band.

7 Eine Sammlung von Texten Neuraths, die diesen Prozess widerspiegelt: Otto Neurath, *Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft.* München 1919.

lichen Instrumente waren etwa die zentrale Planung von Produktion und Distribution, die Ausschaltung von Freihandel und unternehmerischer Konkurrenz, die strikte Bedarfsorientierung, die Naturalwirtschaft, der Tauschhandel und anderes mehr.

Neuraths Kriegswirtschaftslehre wurde in der Fachwelt kontrovers diskutiert und im Weltkrieg von den Mittelmächten politisch instrumentalisiert und institutionalisiert:[8] In Wien wurde im Jahr 1916 ein »Wissenschaftliches Komitee für Kriegswirtschaft« gegründet, in dem Neurath eine von mehreren Fachgruppen leitete, und 1917 entstand in Leipzig ein Kriegswirtschaftsmuseum, zu dessen Direktor er schließlich wurde. Das Kalkül auf militärischer Seite war klar: Die Kriegswirtschaftslehre sollte helfen, kriegsbedingte Wirtschaftsprobleme zu bewältigen, wie etwa die Versorgungsprobleme aufgrund der britischen Blockadepolitik. Mit diesem und anderen Themen beschäftigten sich in Wien zahlreiche und teils sehr prominente Wissenschaftler, während in Leipzig die Ergebnisse der Kriegswirtschaftsforschung für ein breites Publikum museumspädagogisch aufbereitet wurden. Dass aus dieser Kriegswirtschaftslehre schon bald eine Modellvorlage für eine sozialistische Wirtschaftsorganisation werden sollte, ahnten wohl die wenigsten.

II. Vollsozialisierung

Nach Kriegsende begann Otto Neurath, seine Kriegswirtschaftslehre in eine Sozialisierungstheorie umzuwandeln. Das harmonierte zum Teil mit dem sogenannten Kriegssozialismus, der von Teilen der Linken vertreten wurde: Die vom Staat gelenkte Wirtschaft des Krieges sollte zum Ausgangspunkt einer sozialistischen Planwirtschaft werden.[9] In diesem intellektuellen Umfeld entwickelte Neurath nun seine Sozialisierungsideen in Büchern, Broschüren und zahlreichen Artikeln, unter anderem in der Beilage des *Kunstwarts* (*Wirtschaft und Lebensordnung)*, für die er pseudonym einen vierteiligen Beitrag »Zur Sozialisierung der Wirtschaft« verfasste.[10] Doch Neurath be-

8 Günther Sandner, »Was Menschenkraft zu leisten vermag«. Otto Neurath und die Kriegswirtschaftslehre. In: Wolfram Dornik/Julia Walleczek-Fritz/Stefan Wedrac (Hrsg.), *Frontwechsel. Österreich-Ungarns »Großer Krieg« im Vergleich*. Wien/Köln/Weimar 2014, S. 377-397.

9 Dieter Krüger, Kriegssozialismus: Die Auseinandersetzungen der Nationalökonomen mit der Kriegswirtschaft. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg*. Weyarn 1997, S. 506-529.

10 Fonsow [Otto Neurath], Zur Sozialisierung der Wirtschaft I-IV. In: *Wirtschaft und Lebensordnung. Blätter des Deutschen Wirtschaftsmuseums* 1 (1919) 1, S. 2-4, 1 (1919) 2, S. 9-11, 1 (1919) 3, S. 21-22, 1 (1919) 5, S. 34-37.

schränkte sich nicht auf theoretische Reflexionen, sondern versuchte auch, auf die sächsische Politik einzuwirken. Der *Kunstwart* erschien in Dresden, und zu Beginn des Jahres 1919 war der Kriegswirtschaftslehrer Neurath auch noch Direktor des Deutschen Wirtschaftsmuseums in Leipzig (der Nachfolgeinstitution des Kriegswirtschaftsmuseums). Gemeinsam mit seinem Freund Wolfgang Schumann und dem Zeitungsredakteur Hermann Kranold veröffentlichte er am 11. Februar 1919 den sogenannten *Kranold-Neurath-Schumann-Plan*.[11] Die drei Mehrheitssozialdemokraten – sie waren nun alle der größten Arbeiterpartei, der SPD, beigetreten – versuchten, die linke sächsische Regierung von der Notwendigkeit einer umfassenden Sozialisierung zu überzeugen. Neurath hielt Reden vor Arbeitern im Chemnitzer Volkshaus, für die er viel Zuspruch erntete. Die daran anschließenden, ebenfalls dokumentierten Diskussionen zeigen sein rhetorisches Talent und strategisches Geschick.[12] Doch die sächsische Regierung lehnte den bereits umfassend entwickelten und mit 21 Gesetzesvorschlägen ergänzten Sozialisierungsplan schließlich ab.[13]

Otto Neuraths Sozialisierungstheorie stand in der Tradition der wissenschaftlichen Utopie. Zu dieser zählte etwa Josef Popper-Lynkeus, den Neurath aus Wien kannte, mit seiner Forderung nach einer »allgemeinen Nährpflicht« oder Carl Ballod, ein Lehrer Neuraths in Berlin, der unter dem Pseudonym *Atlanticus* bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts das Buch *Der Zukunftsstaat* verfasst hatte.[14] Diese Utopien waren keine schwammigen Träumereien, sondern genau durchgerechnete Zukunftsentwürfe, und auch Neurath bezeichnete Utopien als »die einzigen gesellschaftstechnischen Gesamtkonstruktionen, über die wir verfügen«.[15] In diesem Sinne war auch die Sozialisierung eine Utopie. Sozialisierung bedeutet, schreibt Neurath, »die Gesamtwirtschaft einer planmäßigen Verwaltung durch die Gesellschaft für die Gesellschaft unterwerfen«.[16] Die auf einer Naturalrechnung basierende gesamtwirtschaftliche Planung sollte auf grundlegende Elemente der Verkehrswirtschaft wie etwa den Markt oder auch das Geld verzichten.

11 Vgl. dazu Otto Neurath, *Die Sozialisierung Sachsens. Drei Vorträge*. Chemnitz 1919.

12 Die Titel der drei Vorträge waren: Wirtschaftsplan und Verwaltungswirtschaft, Arbeit und Technik, Das Ende des Geldes und des Reingewinns. Sie sind publiziert in: Neurath, *Sozialisierung Sachsens.*

13 Neurath, *Sozialisierung Sachsens*, S. 5 f.

14 Josef Popper-Lynkeus, *Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage*. Dresden 1912. Carl Ballod (Atlanticus), *Der Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat*. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. Stuttgart 1919.

15 Nth [Neurath], Utopien. In: *Wirtschaft und Lebensordnung* 1 (1919)1, S. 5-6, hier S. 5.

16 Fonsow [Neurath], Sozialisierung der Wirtschaft IV, S. 34 f.

Denn für Neurath schlossen Marktwirtschaft und Sozialisierung einander aus. Er verwendete für sein Modell nun immer öfter den ursprünglich von Wolfgang Schumann eingeführten Begriff Vollsozialisierung.[17] Die Sozialisierung musste also die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit erfassen, es ging nicht mehr nur um die Verstaatlichung oder Vergesellschaftung einzelner Industriezweige oder wirtschaftlicher Sektoren. Mit dem Umbau zu einer zentralisierten Verwaltungswirtschaft konnte man aber, so ein weiterer Eckpunkt von Neuraths Modell, auch in einem begrenzten Territorium beginnen. Es war nicht notwendig, erst einmal abzuwarten, wie die Nachbarländer agierten. Die Theorie der Vollsozialisierung war also nicht nur radikal, sondern auch unmittelbar praxisrelevant.

Der institutionelle Kern der sozialisierten Wirtschaft war eine zentrale Wirtschaftsstelle, die auf Basis einer Universalstatistik einen Wirtschaftsplan erstellte. Als Universalstatistik bezeichnete Neurath die Zusammenfassung der Einzelstatistiken unterschiedlicher Ämter und Institutionen. Der Planung unterlagen sowohl Produktion als auch Konsum. Es sollten große Produktionsverbände geschaffen werden, deren wirtschaftliche Aktivitäten auf einem Plan basierten, für den das Zentralwirtschaftsamt verantwortlich war. In diese Produktionsverbände konnten vorhandene Kartelle der Großindustrie oder Genossenschaftsverbände aufgenommen werden. Konsumentenorganisationen garantierten wiederum dafür, dass die Grundbedürfnisse eines jeden Einzelnen – Nahrung, Wohnung, Kleidung, Gesundheit, aber auch Bücher, Theater, soziales Umfeld und menschliche Umgebung – befriedigt würden. Der Maßstab des wirtschaftlichen Erfolges war die *Lebenslage* der Bevölkerung, ein Begriff, den Neurath schon früh verwendete und den er dann 1931 in seinem Buch *Empirische Soziologie* als »Inbegriff all der Umstände« definieren sollte, »die verhältnismäßig unmittelbar die Verhaltensweise eines Menschen, seinen Schmerz, seine Freude bedingen«.[18]

Nach Neurath war das Wirtschaftsmodell der Zukunft eine geldlose Großnaturalwirtschaft. Welche Konsequenzen ein solcher Umbau nach sich zog, hatte er für die unterschiedlichen Bereiche und Sektoren durchdacht. Der Außenhandel könnte über zwischenstaatliche Kompensationen organisiert werden, Bargeldzahlungen sollten sukzessive zurückgedrängt, größere Zahlungen nur mehr als Überweisungen durchgeführt und Barabhebungen drastisch eingeschränkt werden. In der Naturalwirtschaft existierte kein

17 Otto Neurath, *Vollsozialisierung. Von der nächsten und übernächsten Zukunft*. Jena 1920. Zur Begriffsprägung durch Schumann: Neurath, *Bayrische Sozialisierungserfahrungen*, S. 7.

18 Otto Neurath, *Empirische Soziologie. Der wissenschaftliche Gehalt der Geschichte und Nationalökonomie*. Wien 1931, S. 125.

Geldeinkommen mehr. An dessen Stelle würde ein an den unterschiedlichen Bedürfnissen orientiertes Verteilungssystem treten, das aus Gründen des Anreizes durch ein Prämiensystem ergänzt werden sollte. Allerdings sollte auch damit kein ökonomisches Konkurrenzsystem etabliert werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter konnten vielmehr Prämien erhalten, wenn sie »z. B. ihre Gesundheit schonen – etwa durch das Verringern der Staubentwicklung –, oder das Behagen aller erhöhen, indem sie weniger Lärm machen«.[19]

Wie Popper-Lynkeus und Ballod-Atlanticus ging auch Neurath von einer allgemeinen Arbeitspflicht bei garantiertem Einkommen aus. Eine gemeinsame Grundskala der Löhne für alle Arbeitenden sollte die gleiche Entlohnung aller Tätigkeiten unabhängig von Konjunkturschwankungen sichern. Besonders schwierige oder anstrengende Arbeiten wurden besser bezahlt. Entlohnt werden sollte auch die überwiegend weibliche Hausarbeit.[20] Zielgrößen waren Rationalisierung und hohe Produktivität. Befürchtungen, die neue Wirtschaftsorganisation könnte zu einer Uniformierung des gesellschaftlichen Lebens führen, trat Neurath entgegen. Auf der Basis einer umfassenden Betriebswirtschafts- und Verwaltungswirtschaftslehre, erklärte er, »wäre eine sozialistische Lebensordnung möglich, die gesteigerte Leistungen ohne völlige Schematisierung alles persönlichen Lebens, vielleicht sogar größere Mannigfaltigkeit des Daseins aufwiese«.[21] Gesteigerte Produktivität und Rationalisierung konnten allerdings zur Reduktion der für eine Verkehrswirtschaft typischen Produktvielfalt führen. Neurath verwies wiederholt auf das Beispiel von rund 3000 verschiedenen Taschenmessern, die angeblich am deutschen Markt existierten.[22] Eine verstärkte Typisierung und Normung würden, ohne die geringste Einschränkung der Bedürfnisse, zu Produktivitätssteigerungen führen, da beispielsweise die Ausschaltung der Konkurrenz Werbeausgaben überflüssig machte und Handlungsreisende eingespart werden könnten.

Eine sozialisierte und damit auch sozialistische Gesellschaft war nicht nur planbar, sondern auch realisierbar. »Warum«, fragte Neurath, »entwerfen wir nicht schon längst einen Plan der Pläne?«[23] In einem Artikel Ende März 1919 erweiterte er diese gesellschaftstechnische Konstruktion um eine politisch-strategische Komponente:

19 Fonsow [Neurath], Sozialisierung der Wirtschaft II, S. 11.
20 Otto Neurath, *Betriebsräte, Fachräte, Kontrollrat und die Vorbereitung der Vollsozialisierung*. Berlin 1920, S. 28.
21 Fonsow [Neurath], Sozialisierung der Wirtschaft III, S. 22.
22 Fonsow [Neurath], Sozialisierung der Wirtschaft IV, S. 36.
23 Otto Neurath, Technik und Wirtschaftsordnung (1919). In: Neurath, *Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft*, S. 226.

> Sollten Sachsen, Bayern und Deutschösterreich die Vollsozialisierung […] in Angriff nehmen, dann wird wohl auch das Reich seine lahmen Teilverstaatlichungen einem sozialistischen Gesamtplan einfügen müssen, dann ist aber der Sozialismus in kurzer Zeit Wirklichkeit.[24]

In Neuraths Sozialisierungsplan waren auch wirtschaftliche Räte vorgesehen, und zwar als Organe, die unabhängig von der politischen Ordnung arbeiten sollten. [25] Das Rätesystem war hierarchisch aufgebaut, Betriebsräte waren in Fachgruppen zusammengefasst, ein Arbeiter- und Bauernkontrollrat agierte als oberstes Organ, das gemeinsam mit dem Zentralwirtschaftsamt steuerte und kontrollierte. Die Organe wurden unter anderem durch Arbeiter auf Zeit beschickt, die danach wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehrten. Mit diesem Rotationsprinzip sollte der Gefahr einer Bürokratisierung vorgebeugt werden. Wirtschaft und Politik waren für Neurath getrennt, und mit Letzterer beschäftigte er sich kaum. Grundsätzlich aber sollte die Bevölkerung über verschiedene Sozialisierungspläne abstimmen können. Die Sozialisierung wäre, so behauptete er, unter ganz unterschiedlichen politischen Systemen möglich. Er nannte beispielhaft die »sozialistische Monarchie«, die »Demokratie« und das »Rätesystem«.[26]

III. Das Zentralwirtschaftsamt in München

Parallel zu seinen Aktivitäten in Sachsen trat Otto Neurath bereits zu Beginn des Jahres 1919 auch in München in Erscheinung. Ernst Toller und Edgar Jaffé zählten zu seinen wichtigsten Verbindungsmännern in die bayerische Politik. Beide kannte er unter anderem von jenen Treffen auf Burg Lauenstein, zu denen der umstrittene Verleger Eugen Diederichs eingeladen hatte.[27] Jaffé, der in der Regierung von Ministerpräsident Kurt Eisner (USPD) als Finanzminister tätig war, organisierte schließlich einen Vortrag Neuraths über Vollsozialisierung, der am 25. Januar 1919 vor dem Münchener Arbeiterrat stattfand, und machte Neurath mit Eisner bekannt. Unter dessen Regierung (8. November 1918-21. Februar 1919) war die Sozialisierung ein wichtiges Thema. Eisner hatte eine Kommission eingesetzt, deren Vorsitzender der bekannte Ökonom Lujo Brentano war, dessen wirtschaftspolitische Vor-

24 Otto Neurath, Vollsozialisierung oder Teilverstaatlichungen. In: *Arbeiter-Zeitung*, 27. März 1919, S. 2.
25 Neurath, *Betriebsräte, Fachräte*.
26 Neurath, *Sozialisierung Sachsens*, S. 14.
27 Irmgard Heidler, *Der Verleger Eugen Diederichs und seine Welt (1896-1930).* Wiesbaden 1998, S. 95-96.

stellungen sich erheblich von jenen Neuraths unterschieden. Brentano polemisierte später gegen den nun in München aktiven Sozialisierungstheoretiker und berief sich dabei auf Max Weber. Dieser habe ihm nämlich mitgeteilt, dass Neurath ursprünglich ein »Kandidat der Feldmarschälle« gewesen, nun aber bei der äußersten Linken aktiv sei[28] – ein Opportunist also. Damit spielte er auf die Rolle des Kriegswirtschaftslehrers Neurath während des Krieges an. Neurath wiederum wunderte sich über Eisners Wirtschaftspolitik: War es nicht programmatische Konzeptlosigkeit der Regierung, mit Brentano einen liberalen Ökonomen und Sozialisierungs*gegner* zum Vorsitzenden, der genau dafür zuständigen Kommission zu machen?[29]

Bei den bayerischen Landtagswahlen am 12. Januar 1919 musste die USPD eine herbe Niederlage einstecken. Am 21. Februar 1919 wurde Ministerpräsident Kurt Eisner auf dem Weg zum Landtag, wo er seinen Rücktritt erklären wollte, ermordet. Im Hinblick auf Neurath nahmen die Ereignisse in München erst rund einen Monat später, nach einer der Ermordung des Ministerpräsidenten folgenden Phase des Interregnums, wieder an Fahrt auf. Die neue Regierung unter dem Sozialdemokraten Johannes Hoffmann griff nun auf Neuraths Expertise zurück. Am 21. März 1919 präsentierte der Sozialisierungstheoretiker seine Pläne im Ministerrat. Nur drei Tage später trat er gemeinsam mit Sebastian Schlittenbauer bei einer Veranstaltung von dessen Bayerischer Volkspartei auf. Am 25. März referierte er vor dem Sozialisierungsausschuss des bayerischen Landtags und am 27. März erneut im Ministerrat. Die Protokolle zeigen, dass nicht alle Regierungsmitglieder überzeugt waren, besonders Johannes Hoffmann nicht.[30] Interessant ist freilich, wie es Neurath gelang, die Debatte in seinem Sinne zu steuern: Nach der ausführlichen Vorstellung seiner Sozialisierungspläne drohte er der Regierung nämlich mit den Arbeitermassen, wenn sie seinen Vorstellungen nicht folgte. Einige Regierungsmitglieder waren regelrecht empört, sie wichen aber letztlich dem Druck. Der Zentralratsvorsitzende Ernst Niekisch charakterisierte Neurath rückblickend als einen »Diktator und Pistolenpolitiker«, der den Ministerrat »tyrannisierte« und überrumpelte.[31] Tatsächlich beschloss die bayerische Regierung in Übereinstimmung mit Neuraths Vorschlägen die Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes und bestellte mehrheitlich Otto Neurath zu dessen Präsidenten (gegen *eine* Stimme, und zwar ausgerechnet jene des Ministerpräsidenten).[32] Am 31. März 1919 wurden dann Statut und

28 Protokoll der Sitzung der Sozialisierungskommission am 26. März 1919 (BayHStA, MHIG 5491).
29 Neurath, *Sozialisierungserfahrungen*, S. 2 f.
30 Protokoll der Sitzung des Ministerrats am 27. März 1919 (BayHStA, MHIG 5491).
31 Ernst Niekisch, *Gewagtes Leben 1989-1945*. Köln 1958, S. 54.
32 Protokoll der Sitzung des Ministerrats am 27. März 1919 (BayHStA, MHIG 5491).

Etat beschlossen und das Zentralwirtschaftsamt beauftragt, die Sozialisierung Bayerns durchzuführen.[33] Das Amt war dabei allerdings an Regierungsbeschlüsse gebunden und unterstand formell dem Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe, das von einem großen Fürsprecher Neuraths in der Regierung, dem USPD-Politiker Josef Simon, geführt wurde.

Otto Neurath veranschlagte einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren, um die Vollsozialisierung in Bayern umzusetzen. Solange wollte er das Zentralwirtschaftsamt auch führen. Tatsächlich standen ihm aber nur wenige Wochen zur Verfügung. Dementsprechend bescheiden mutet die Bilanz seiner Amtszeit an. Außer der strategischen Arbeit am Aufbau einer relativ komplexen Organisationsstruktur (Organigramme und Namen lagen vor) kam es nur zu sehr wenigen konkreten Maßnahmen. Es sollten unter anderem Zentralen für Organisation, Naturalrechnung, Kontrolle, Rationalisierung und Aufklärung errichtet und mit Experten besetzt werden. Neben seinen beiden Lehrern aus den Berliner Studienjahren Carl Ballod und Gregorius Itelson waren dies etwa der marxistische Theoretiker und Ökonom Rudolf Hilferding und der kaufmännische Vorstand der A. E.G. in Chemnitz, Eugen Umrath.[34] In den wenigen Wochen des Kabinetts Hoffmann I bereitete das Amt verschiedene Gesetzesvorschläge zur Sozialisierung vor, die allerdings nicht mehr beschlossen wurden. Die vorbereiteten Verordnungen gegen Kapitalabwanderung und Barabhebungen traten erst während der nachfolgenden Räteregierung in Kraft.

Neurath trat gegenüber der Regierung Hoffmann auch dafür ein, dass Gustav Landauer und seiner Gruppe ein Grundstück für ein Siedlungsprojekt zur Verfügung gestellt werde. In diesem Punkt gab Neurath in den Verhandlungen mit dem bayerischen Ministerrat allerdings rasch nach und verzichtete auf die Umsetzung dieser Forderung. Später wies er darauf hin, dass gerade der Landauer-Flügel die Räterepublik stark beeinflusst habe, und das hätte seiner Ansicht nach verhindert werden können, wenn die Regierung seinem Vorschlag gefolgt wäre.[35]

Neuraths Amtsverständnis war jedenfalls das eines Fachmanns, Gesellschaftstechnikers und Sozialisierungsbeamten. Die dramatischen politischen Umbrüche im April 1919, die wiederholten Regimewechsel, brachten ihn nicht dazu, sein Amt niederzulegen. Er blieb auch während der beiden Räterepubliken Präsident des Zentralwirtschaftsamtes. Nach der gewaltsamen Niederschlagung der Räteherrschaft enthob die Regierung Neurath am

33 Protokoll der Sitzung des Ministerrats am 31. März 1919 (BayHStA, MA 99513).
34 Vorläufiger Vorschlag über die Personalkosten des Zentralwirtschaftsamtes im Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe (BayHStA MA 112065).
35 Neurath, *Sozialisierungserfahrungen*, S. 15.

8. Mai 1919 offiziell seines Amtes und teilte ihm dies wenige Tage später mit. Rund eine Woche später, am 16. Mai, wurde Otto Neurath in der Münchener Wohnung seines Freundes, des bekannten Kunsthistorikers Franz Roh, verhaftet. Die Anklage gegen ihn lautete: Hochverrat.

IV. Der Hochverratsprozess

Vom Zeitpunkt seiner Festnahme am 16. Mai bis zum 27. Juni 1919 saß Otto Neurath sechs Wochen in Untersuchungshaft. Seine beiden Anwälte bereiteten die Verteidigungslinie für den bevorstehenden Prozess vor: Otto Neurath war ein im Dienste der Sozialisierung stehender Fachmann, ein ausgewiesener Ökonom, der sich keineswegs mit den beiden Räterepubliken identifiziert hatte. Der Prozessverlauf wurde auch von österreichischen Medien beobachtet.[36] Zudem kam es schon bald zu politischen und diplomatischen Interventionen aus Österreich, und zwar von höchster Regierungsebene. Insbesondere der Staatssekretär für Äußeres, der sozialdemokratische Politiker und austromarxistische Theoretiker Otto Bauer, der mit Neurath bekannt und wohl auch freundschaftlich verbunden war, wollte ihn möglichst rasch nach Österreich zurückholen. Er setzte alle Hebel in Bewegung und verwies in Stellungnahmen an die mittlerweile amtierende Regierung Hoffmann II wiederholt darauf, dass eine Verurteilung und Inhaftierung von Otto Neurath, Sohn eines berühmten und angesehenen Ökonomen (damit war Otto Neuraths Vater Wilhelm Neurath gemeint, ein heute weitgehend vergessener Gelehrter), in der österreichischen Öffentlichkeit schwere Irritationen hervorrufen würde.[37] Noch vor dem Prozess wurde Otto Neurath gegen eine Kaution von 40.000 Mark freigelassen. Bei der Sammlung zur Aufbringung der Summe beteiligte sich unter anderem auch Walther Rathenau – mit 2 000 Mark.[38]

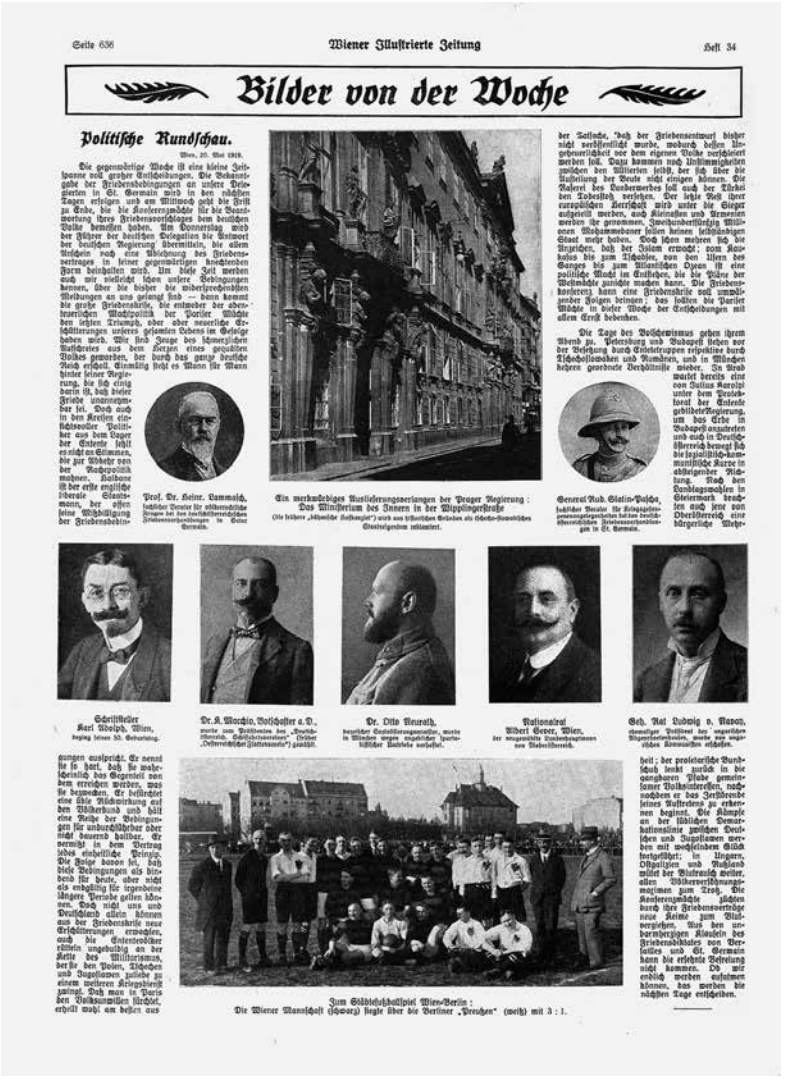
Der standesgerichtliche Prozess gegen Neurath fand schließlich vom 22. bis zum 25. Juli 1919 statt. Unter den zahlreichen Zeuginnen und Zeugen befanden sich Eugen Umrath, Ernst Niekisch, Ernst Toller, Olga Neurath, Max Weber und viele andere. Karl Ballod sagte als Sachverständiger aus.[39] Viele der Zeugenaussagen entlasteten Neurath. Otto Bauer kam zwar nicht

36 Etwa in der *Arbeiter-Zeitung* vom 23. Juli 1919, S. 4.

37 Otto Bauer (Staatsamt für Äußeres) an deutsch-österreichische Gesandtschaft, 23. Juni 1919 (BayHStA, MJU 18589).

38 Walther Rathenau an W. Hellpern, 11. Juni 1919. In: Hans Dieter Hellige, Ernst Schulin und Tilmann Kops (Hrsg.), *Walther Rathenau: Briefe, Teilband 2*: 1914-1922. Düsseldorf 2006, S. 2205.

39 Vgl. die Protokolle der Sitzungen des standrechtlichen Gerichts München am 22., 23., 24. und 25. Juli 1919 (StAM, Akt Staatsanwaltschaften 2139).



Seite 636 Wiener Illustrierte Zeitung Heft 34

Bilder von der Woche

Politische Rundschau.

Wien, 20. Mai 1919.

Die gegenwärtige Woche ist eine kleine Zeitspanne voll großer Entscheidungen. Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen an unsere Delegierten in St. Germain wird in den nächsten Tagen erfolgen und am Mittwoch geht die Frist zu Ende, die die Konferenzmächte für die Beantwortung ihres Friedensvorschlages dem deutschen Volke bemessen haben. Am Donnerstag wird der Führer der deutschen Delegation die Antwort der deutschen Regierung übermitteln, die allem Anschein nach eine Ablehnung des Friedensvertrages in seiner gegenwärtigen knechtenden Form beinhalten wird. Um diese Zeit werden auch wir vielleicht schon unsere Bedingungen kennen, über die bisher die widersprechendsten Meldungen an uns gelangt sind — dann kommt die große Friedenskrise, die entweder der abenteuerlichen Machtpolitik der Pariser Mächte den letzten Triumph, oder aber neuerliche Erschütterungen unseres gesamten Lebens im Gefolge haben wird. Wie sind Zeuge des schwerzlichen Aufschreies aus dem Herzen eines gequälten Volkes geworden, der durch das ganze deutsche Reich erscholl. Einmütig hebt es Mann für Mann hinter seiner Regierung, die sich einig darin ist, daß dieser Friede unannehmbar sei. Doch auch in den Kreisen einsichtsvoller Politiker aus dem Lager der Entente fehlt es nicht an Stimmen, die zur Abkehr von der Rachepolitik mahnen. Nathans ist der erste englische liberale Staatsmann, der offen seine Mißbilligung der Friedensbedingungen ausspricht. Er nennt sie so hart, daß sie wahrscheinlich das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie bezwecken. Er befürchtet eine üble Rückwirkung auf den Völkerbund und hält eine Reihe der Bedingungen für unbedingt aber nicht dauernd haltbar. Er vermißt in dem Vertrag jedes einheitliche Prinzip. Die Folge davon sei, daß diese Bedingungen als bindend für heute, aber nicht als endgültig für irgendeine längere Periode gelten können. Daß nicht uns und Deutschland allein können aus der Friedenskrise neue Erschütterungen erwachsen, auch die Ententevölker rütteln ungeduldig an der Kette des Militarismus, der sie den Polen, Tschechen und Jugoslawen zuliebe zu einem weiteren Kriegsbrand zwingt. Daß man in Paris den Volkswillen fürchtet, erhellt wohl am besten aus der Tatsache, daß der Friedensentwurf bisher nicht veröffentlicht wurde, wodurch dessen Ungeheuerlichkeit vor dem eigenen Volke verschleiert werden soll. Dazu kommen noch Unklarheiten zwischen den Alliierten selbst, der sich über die Aufteilung der Beute nicht einigen können. Die Polen, das Lieblingswerkzeug soll auch der Türkei den Todesstoß versetzen. Der letzte Rest ihrer europäischen Herrschaft wird unter die Sieger aufgeteilt werden, auch Kleinasien und Armenien werden ihr genommen. Zweihundertfünfzig Millionen Mohammedaner sollen keinen selbständigen Staat mehr haben. Doch schon mehren sich die Anzeichen, daß der Islam erwacht; vom Kaukasus bis zum Tschadsee, von den Ufern des Ganges bis zum Atlantischen Ozean ist eine politische Macht im Entstehen, die die Pläne der Weltmächte zunichte machen kann. Die Friedenskonferenz kann eine Friedenskrise voll unwillkommener Folgen bringen; das sollten die Pariser Mächte in dieser Woche der Entscheidungen mit allem Ernst bedenken.

Die Tage des Völkerwinsus gehen ihrem Abend zu. Petersburg und Budapest stehen vor der Besetzung durch Entente-Truppen, erschüttert durch Putschversuche und Rumoren, und in München herrscht geordnete Verhältnisse wieder. In Ungarn wartet bereits eine von Julius Karolyi unter dem Protektorat der Entente gebildete Regierung um das Erbe in Budapest anzutreten und auch in Deutsch-Österreich bewegt sich die sozialistisch-kommunistische Kurve in abfallender Richtung. Mag den Landtagswahlen in Steiermark brachten auch jene von Oberösterreich eine bürgerliche Mehrheit; der proletarische Bundschuh lenkt zurück in die gangbaren Pfade gemeinsamer Volksinteressen, nachdem er das Zerstörende seines Auftretens zu erkennen begann. Die Kämpfe an der südlichen Demarkationslinie zwischen Deutschen und Jugoslawen werden mit wechselndem Glück fortgeführt; in Ungarn, Ostgalizien und Rußland wütet der Bürgerkrieg weiter, allen Völkerverbrüderungsmaximen zum Trotz. Die Konferenzmächte suchen durch ihre Friedensvorträge neue Keime zum Bürgerkriege. Was den unparteiischen Klauseln des Friedensdiktates von Versailles und St. Germain kann die ersehnte Befreiung nicht kommen. Da wir endlich werden aufatmen können, das werden die nächsten Tage entscheiden.

Prof. Dr. Heinr. Lammasch, leitender Delegierter für österreichische Fragen bei den deutschösterreichischen Friedensverhandlungen in Saint Germain.

Ein merkwürdiges Mausoleumsgeschenk der Prager Regierung: Das Ministerium des Innern in der Wipplingerstraße (Die frühere „böhmische Hofkanzlei") wird aus historischen Gründen als tschecho-slowakisches Gesandtschaftsgebäude reklamiert.

General Rud. Glatin-Pascha, leitender Delegierter für Kriegsgefangenenangelegenheiten bei den deutsch-österreichischen Friedensverhandlungen in St. Germain.

Schriftsteller Karl Adolph, Wien, beging seinen 50. Geburtstag.

Dr. K. Morchio, Botschafter a. D., starb zum Feldheeren des „Deutschösterreich. Schicksalsgenossen". Früher „Oesterreichischer Flottenmann" genannt.

Dr. Otto Neurath, bayerischer Sozialisierungskommissar, wurde in München wegen angeblicher spartakistischer Umtriebe verhaftet.

Nationalrat Albert Geyer, Wien, der neugewählte Landeshauptmann von Niederösterreich.

Geh. Rat Ludwig v. Rapoz, ehemaliger bayerischer Gesandter in Bukarest, starb am ungarischen Königsmord erkrankt.

Zum Städtefußballspiel Wien-Berlin: Die Wiener Mannschaft (schwarz) siegte über die Berliner „Preußen" (weiß) mit 3 : 1.

Abb. 2: Otto Neurath in der Wiener Illustrierten Zeitung *vom 25. Mai 1919 (28. Jg., H. 34), S. 636. Österreichische Nationalbibliothek Wien.*

selbst (trotz Neuraths Bitten: »Erweise mir den Liebesdienst und komm. Es nützt auch der Sache«),[40] er verfasste aber ein Gutachten,[41] in dem er die technische, unpolitische Denkweise Neuraths betonte. Dieser habe hintereinander dem k. und k. Kriegsministerium, einer bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung und einer Räteregierung gedient. Als Marxist, so Bauer, müsse er ihn dafür kritisieren. Schuldig im Sinne des Strafrechts sei Neurath aber zweifellos nicht. Auch Max Weber entlastete Neurath vom Vorwurf des Hochverrats, trotz wissenschaftlicher Ablehnung seiner ökonomischen Ideen. Weber sollte dann einige Monate später, im Oktober 1919, in einem Brief an Neurath darauf hinweisen, dass die Planwirtschaft (und insbesondere auch Neuraths Vorstellung davon) den Sozialismus »für hundert Jahre diskreditieren«, ja »in den Abgrund einer stupiden Reaktion reißen« werde. Neurath, so Weber, sei dafür mitverantwortlich.[42]

Belastende Aussagen kamen hingegen vor allem von Vertretern der Banken, die Neurath angriffen und darlegten, dass die von ihm zu verantwortenden Maßnahmen dazu geführt hätten, dass sämtliche Kunden ihr Geld abheben wollten, sich täglich endlose Schlangen gebildet hätten, kurz: dass Chaos geherrscht und ihre Geschäfte ruiniert worden wären. Neurath verwies hingegen darauf, dass er diese Maßnahmen in Absprache mit den Bankdirektoren getroffen und auf Maßnahmen der Räteregierung(en) mildernd eingewirkt habe. Als Beweis verwies er immer wieder auf seine Tagebucheinträge. Leider befindet sich dieses Tagebuch nicht bei den Prozessunterlagen im Münchener Staatsarchiv.

Staatsanwalt im Prozess gegen Neurath war Heinrich Lieberich, ein »kleiner hagerer Mann mit verknittertem Gesicht«, wie ihn Ernst Toller beschreibt,[43] der sich im Laufe der Ermittlungen dafür entschied, die Anklage in »Beihilfe zum Hochverrat« umzuwandeln. Das war nicht unerheblich, denn ein Schuldspruch wegen Hochverrats konnte die Todesstrafe bedeuten. Mit 4 zu 1 Stimmen wurde Otto Neurath schuldig gesprochen. In der Urteilsbegründung hieß es, er habe ein einflussreiches Amt, das er von der Regierung verliehen bekommen habe, »im Dienste der Umsturzregierung missbraucht«. Er habe jenen Personen, welche »die Verfassung des Volksstaates Bayern gewaltsam« geändert hätten, »wissentlich durch Rat u. Tat Hilfe ge-

40 Otto Neurath an Otto Bauer, 21. Juli 1919 (BayHStA, MJu 18589).

41 Stellungnahme Otto Bauer zu Otto Neurath vom 30. Juni 1919 (BayHStA, MJu 18589).

42 Max Weber an Otto Neurath, 4. Oktober 1919. In: *Max Weber, Werk und Person*. Dokumente ausgewählt und kommentiert von Eduard Baumgarten. Tübingen 1964, S. 532 f.

43 Ernst Toller, *Eine Jugend in Deutschland* (1933). Reinbek bei Hamburg 2009, S. 124.

leistet«. Einzelne der von ihm zu verantwortenden Verordnungen hätten schweren wirtschaftlichen Schaden angerichtet. Konkret wurden ihm Verordnungen und Bestimmungen gegen Kapitalabwanderung, zur Beschränkung von Barabhebungen und zur Verfügung über Bankdepots, zur Sozialisierung der Presse, zur Sozialisierung des Bergbaus, sowie Schritte zum Aufbau eines wirtschaftlichen Rätesystems angelastet. All diese Maßnahmen habe Neurath dem Zentralrat vorgelegt und teilweise habe er an deren Erstellung mitgewirkt.[44] Lieberich forderte zweieinhalb Jahre für Neurath, Neuraths Anwälte plädierten auf Freispruch. Das Urteil lautete schließlich eineinhalb Jahre Festungshaft. Tatsächlich aber sollte Neurath gar nicht mehr inhaftiert werden.

V. Nach dem Prozess

Verantwortlich dafür war ein Antrag von Neuraths beiden Anwälten auf Strafaufschub, der gegen Kaution gewährt wurde. Von Seiten der österreichischen Regierung wurde nun der Wunsch an Bayern herangetragen, Neurath die Rückkehr nach Wien zu ermöglichen. Liest man die Protokolle des bayerischen Ministerrats dieser Monate, fällt auf, dass dieses Thema regelmäßig und teils sehr ausführlich in den Sitzungen diskutiert wurde. Während Ministerpräsident Hoffmann den österreichischen Wünschen nachkommen und damit wohl das Problem endlich loswerden wollte, reagierten andere Regierungsmitglieder abwehrend.[45] Eine Schlüsselrolle bei dem nun einsetzenden diplomatischen Tauziehen hinter den Kulissen spielte der österreichische Gesandte in Berlin, Ludo Moritz Hartmann. Der ausgebildete Historiker und Diplomat Hartmann, ein Sozialdemokrat, war in Österreich vor allem wegen seines Engagements in der Volksbildung eine bekannte Persönlichkeit. Nach rund zwei Monaten schien es eine Einigung zu geben. Neurath sollte eine ehrenwörtliche Erklärung abgeben, jegliche politische Agitation in Richtung Deutschland (insbesondere: in Richtung Bayern) zu unterlassen, dafür durfte er ausreisen und nach Wien zurückkehren. Sobald er gegen diese Erklärung verstieß, sollte die Strafe jedoch vollstreckt werden. Doch im Oktober 1919 wurde in München bekannt, dass sich der »Kommunistenführer« Max Levien in Wien befand. Levien wurde beschuldigt, für die »Geiselerschießung« am 30. April 1919 im Luitpold Gymnasium mitverantwortlich zu sein. Tatsächlich waren dort sieben Mitglieder der rechts-

44 Urteil gegen Dr. Otto Neurath, Protokoll der Sitzung des standrechtlichen Gerichts München am 25. Juli 1919 (StAM, Akt Staatsanwaltschaften 2139).

45 Protokoll der Sitzung des Ministerrats, 28. Juli 1919 (BayHStA, MA 99513).

extremen Thule-Gesellschaft erschossen worden.[46] Nun formulierte die bayerische Regierung ein Junktim: Neurath sollte nur dann nach Wien ausgeliefert werden, wenn Österreich im Gegenzug Levien nach München überstellte. Der Ton zwischen Österreich und Bayern wurde rauer. Justizminister Müller-Meiningen beklagte den ungehinderten Zuzug von Spartakisten nach Wien aus Ost und West (also auch aus Ungarn),[47] und er schickte Staatsanwalt Lieberich nach Wien, um den bayerischen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Der Inhalt einer chiffrierten Depesche der bayerischen Regierung, in der diese Auslieferung gefordert wurde, war offensichtlich der Presse zugespielt worden. Österreich verdächtigte seinerseits Bayern der Indiskretion. Der Staatsanwalt wiederum verhielt sich in Wien, spottete die Wiener *Arbeiter-Zeitung*, »wie ein zudringlicher Handlungsreisender«, der Stimmung für die Auslieferung Leviens machen und die österreichischen Behörden unter Druck setzen wollte, indem er freigiebig Interviews in der Presse gab.[48] Das bewirkte freilich eher das Gegenteil des Gewünschten. Staatskanzler Karl Renner lehnte eine Auslieferung Leviens jedenfalls entschieden ab, weil gar kein Auslieferungsabkommen bestehe und es augenscheinlich um eine politische Verfolgung gehe. Mit einer gewissen Süffisanz meinte Renner in Richtung Bayern, dass in Österreich – im Gegensatz zu anderen Ländern, wie er vielsagend hinzufügte – Kommunismus und Spartakismus keine gefährliche Größe erreicht hätten. Wenn fremdländische Kommunisten nach Österreich kämen, dann doch nur, weil die Regierenden dieser Länder das Problem nicht im Griff hätten. Hier, in Österreich, würden sie jedenfalls vor Gericht gestellt.[49] Tatsächlich war Levien bereits am 19. Oktober 1919 in Wien verhaftet worden. Nach über einjähriger Internierung wurde allerdings erst im Dezember 1920 das Auslieferungsbegehren offiziell abgelehnt und Levien mit der Auflage, das Land zu verlassen, aus der »Anhaltung« entlassen.[50]

Dass es schon lange davor aus dem Dilemma in der Sache Neurath einen Ausweg gab, hatte zwei Gründe. Erstens war der bayerischen Regierung bald klar, dass man in Österreich bezüglich Levien nicht nachgeben und hinsichtlich Neurath weiterhin auf der bereits getroffenen Übereinkunft insistieren werde. Zweitens tauchte aber, wie die Ministerratsprotokolle belegen, bald

46 Hermann Gilbhard, *Thule-Gesellschaft, 1918-1933*, publiziert am 17.07.2006. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Thule-Gesellschaft,_1918-1933> (26.02.2019).

47 Karl Bernauer, Telegramm, 16. Oktober 1919 (BayHStA, MJu 18589).

48 *Neue Freie Presse*, 23. Oktober 1919, S. 7 f., und *Arbeiter-Zeitung*, 24. Oktober 1919, S. 4.

49 Karl Renner an Karl Bernauer, 14. Oktober 1919 (BayHStA, MJu 18589).

50 *Neues Wiener Tagblatt*, 18. Dezember 1920, S. 6.



Abb. 3: Otto Neurath auf einem Wahlplakat der Bayrischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei in Bayern) zur bayerischen Landtagswahl am 6. Juni 1920 (gleichzeitig Reichstagswahl). BayHStA, Plakatsammlung 9178.

ein zweites Motiv auf, das nun auch den Justizminister überzeugte, nämlich die Sorge, der ausgelieferte Levien könnte vom zuständigen bayerischen Gericht gar nicht als verantwortlich für die Geiselerschießungen verurteilt werden. »Wir wären auch nicht in der Lage, das Risiko einer Freisprechung Leviens vor dem Volksgericht auf uns zu nehmen«, meinte Müller-Meiningen am 19. November 1919.[51] Die Anklage schien sich auf dünnem Eis zu bewegen, und es drohte eine Blamage.

Gegen eine erneute Garantieerklärung, keine politische Agitation in Richtung Bayern zu betreiben, verbunden mit einem mehrjährigen Einreiseverbot nach Deutschland, konnte Otto Neurath am 13. Februar 1920 mit dem Zug nach Wien fahren – über ein halbes Jahr nach seiner Verurteilung. Ob Neurath die ihm auferlegte politische Abstinenzverpflichtung eingehalten hat, darüber ließe sich nach Durchsicht seiner äußerst umfangreichen Publizistik in deutschen und auch österreichischen Printmedien streiten. Schließlich griff er gerade seine Aktivitäten in München wiederholt in seinen Schriften auf. Doch de facto war der Fall bereits zu den Akten gelegt.

51 Protokoll der Sitzung des Ministerrats am 19. November 1919 (BayHStA, MA 99514).

VI. Zurück in Wien

In Wien arbeitete Otto Neurath schon bald in verschiedenen Institutionen, in einer Betriebsräteschule etwa, oder in einem Forschungsinstitut für Gemeinwirtschaft. Bereits in den frühen 1920er Jahren agierte er als Spitzenfunktionär der Siedlerbewegung.[52] An seinem in Bayern gescheiterten Sozialisierungsmodell hielt er beständig fest, ungeachtet der Tatsache, dass die Sozialisierung auch in Österreich nach zaghaften Anfängen gestoppt und keineswegs in seinem Sinne umgesetzt worden war.[53] Im Spannungsfeld von Wissenschaft, Macht und Politik nahm Otto Neurath weiterhin die Rolle des scheinbar unpolitischen Gesellschaftstechnikers ein.[54] Dass er trotz dieser Berufung auf die Wissenschaft, auf *seine* Wissenschaft, auf Sachlichkeit und Rationalität, geradezu notwendigerweise auch Fragen der Macht und Fragen der Politik beantworten musste, schien er nicht zu sehen.

Auf die Zeit in München blickte er am Ende seines Büchleins *Bayerische Sozialisierungserfahrungen* (1920) noch einmal zurück:

> Ich glaube noch immer daran, dass wir in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Sozialismus kommen können, wenn wir es energisch wollen. Wer freilich unentwegt, wenn auch rein sachlich das Ziel verfolgt, den Sozialismus morgen schon zu verwirklichen, weil er die Zeit für reif hält, erregt dadurch allein unvergleichlich mehr Hass, als der, welcher mit mehr Erbitterung und unter Anwendung schärferer Mittel den Sozialismus in einer ferneren Zukunft kommen sieht. Diesen Hass muss man eben ertragen, alle persönlichen Kränkungen auf sich nehmen, ohne selbst der Erbitterung und Unsachlichkeit sich hinzugeben. Nur dann kann man Sachlichkeit von den Gegnern fordern, nur dann kann überhaupt noch die Hoffnung genährt werden, dass die schönere Zukunft nicht unter schwersten Kämpfen heraufgeführt wird. Der Sozialismus steht jedenfalls vor der Türe, möge er nicht von Hass, sondern von Liebe begleitet sein.[55]

52 Sandner, *Otto Neurath*, S. 156-176.

53 Zur österreichischen Sozialisierungspolitik: Erwin Weissel, *Die Ohnmacht des Sieges. Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich*. Wien 1976, und Rudolf Gerlich, *Die gescheiterte Alternative. Sozialisierung in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg*. Wien 1980.

54 Seine 1921 unter dem Pseudonym Karl Wilhelm veröffentlichte Studie *Jüdische Planwirtschaft in Palästina* (Berlin 1921) trägt den Untertitel: *Ein gesellschaftstechnisches Gutachten*.

55 Neurath, *Sozialisierungserfahrungen*, S. 29.